

Hilfe für Eltern radikaler Jugendlicher gibt es nur halbtags

VON KARL DOELEKE

BREMEN. André Taubert ist die letzte Hoffnung verzweifelter Mütter aus Niedersachsen. Meist sind sie es, die bei ihm in Bremen Hilfe suchen. Meist waren es auch sie, die überhaupt erst merken, dass etwas mit ihren Söhnen nicht stimmt. Wenn sich das Wesen verändert, der Bart wächst, sie radikale Parolen von sich geben oder gar den Kontakt abbrechen. Wenn sie plötzlich regelmäßig in die Türkei reisen – angeblich um kostenlose Islam-Seminare zu besuchen. Die Mütter wissen aber, dass es relativ leicht ist, die Grenze nach Syrien zu überqueren und in den Kampf zu ziehen. Und sie haben Angst um ihre Söhne. „Es sind fast nie die Väter, die sich an uns wenden“, sagt der gebürtige Hannoveraner Taubert. Im Gegenteil, die Väter sind oft das Problem, wenn sich Kinder von der Familie abwenden und ihr Glück im Radikalen suchen.

Der Religionswissenschaftler, der in

Bremen bei der Beratungsstelle kitab arbeitet, ist oft die letzte Hoffnung der Mütter, weil es neben ihm nur noch seine Kollegin Berna Kurnaz gibt, die den Frauen überhaupt mit Rat zur Seite stehen. Beide teilen sich eine Stelle, bezahlt vom Bund. Sie sind für Familien in ganz Norddeutschland da. „Die Nachfrage ist immens“, sagt Taubert.

In Hochzeiten drei bis fünf neue Fälle die Woche

Die Grundidee, jede einzelne Familie intensiv zu begleiten, lässt sich darum mit zwei halben Stellen kaum einhalten. „Wir bekommen in Hochzeiten jede Woche drei bis fünf neue Fälle“, erzählt Taubert und schiebt dann nach: „Da sind sie dann bereits im Bereich radikaler Salafismus.“ Der Verein habe die Qualität der Beratung zurückfahren müssen. Zu viele Fälle. Auf Werbung verzichten sie bei kitab deshalb gleich. Trotzdem kommen immer neue Anrufe – entweder über eine zentrale Beratungsnummer des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge oder von den Sicherheitsbehörden. Es sind Mütter aus

Hannover, Braunschweig, Wolfenbüttel, Salzgitter und Oldenburg. Wie viele, will Taubert nicht sagen. Nach Angaben des Bundesinnenministeriums sind allein über die Hotline derzeit 250 Fälle aus ganz Deutschland bei vier regionalen Beratungsstellen anhängig. Dann kommen noch die Familien hinzu, die der Staatsschutz vermittelt.

Taubert hofft auf mehr Unterstützung vom Land Niedersachsen, doch im Sozialministerium hakt es offenbar. „Das Geld ist da. Sie wissen nur noch nicht, wie sie es ausgeben wollen“, glaubt Taubert. Seit Ende 2013 gibt es den Auftrag des Landtags, ein funktionierendes Beratungsnetz aufzubauen. Im März hat Bundesinnenminister Thomas

„Das Geld ist da“: André Taubert berät verzweifelte Angehörige. Foto: Kuhaupt

de Maizière in einem Brief an alle Länder darum geworben, sich dem Hotlineverbund anzuschließen: Der Beratungsbedarf steige ständig, schreibt de Maizière in dem Brief, der der HAZ vorliegt. „Durch den stetigen Anstieg und die zunehmende Komplexität der

Fälle geraten die zivilgesellschaftlichen Partner vor Ort jedoch an ihre Kapazitäts- und Belastungsgrenzen.“ Der Appell des Bundesinnenministers, weitere lokale Beratungsstellen an das Netzwerk anzuschließen oder die bestehenden finanziell besser auszustatten, verhallt jedoch in Niedersachsen. Man führe ja Gespräche heißt es aus dem Ministerium. Andere Länder stehen aus Sicht des

Bundesinnenministeriums besser da: „Hessen nimmt hier beispielsweise eine Vorreiterrolle ein und hat gute Projekte auf den Weg gebracht, andere Länder befinden sich demgegenüber noch am Anfang.“ Damit wäre dann wohl unter anderem Niedersachsen gemeint.

Über die Trägheit in Hannover wundert sich auch Michael Kiefer, der am Institut für Islamische Theologie der Universität Osnabrück über Radikalisierungsprävention forscht und das Sozialministerium berät. „Das Tempo ist nicht sehr hoch“, sagt auch er. Aus Sicht Kiefers hat der Regierungswechsel viel Zeit gekostet. Mit ihm ist die Zuständigkeit aus dem Innenministerium ins Sozialministerium gewandert. „Dort musste man sich ganz neu aufstellen.“ Außerdem habe die Vorgängerregierung viel Vertrauen bei den Muslimen verspielt, ohne die man aber kein solches Beratungsnetzwerk aufbauen dürfe. Das Vertrauen wieder herzustellen, braucht offenbar Zeit. So lange, heißt es aus dem Ministerium, gebe es ja das Angebot von kitab in Bremen.

